



Hamster, Käfer und eine Schlange dienen als Therapietiere: Den Gästen aus Deutschland verhelfen sie zu einer lockeren Stimmung, wie man Habeck (M.) ansieht.

FELIX RETTBERG

Habeck auf Bildungsreise

Der Grünen-Co-Chef Robert Habeck besucht mit einer Delegation Israel und erfährt dort vor allem, wie wenig er über das Land weiß

Von Anja Reich

Robert Habeck steht an der Grenze zum Gazastreifen auf einem Sandhügel, von dem man weit übers Land blicken kann. Links befindet sich ein Militärstützpunkt, rechts ein Denkmal für einen gefallenen Soldaten, „und da vorne“, sagt Omer Egozi, der Führer der Delegation, „hinter dem Zaun, da liegt Gaza.“

Habeck blinzelt in die Sonne. Die weißen Wärfel auf der anderen Seite seien ein Hamas-Stützpunkt, fährt Egozi fort und vergisst auch nicht, den Grünen-Chef darauf hinzuweisen, „dass sie uns sehen von da drüben“. Von hinten nähert sich ein Gefährt mit bunten Fahnen. Eher ein Golfkarren als ein Auto, der Führer geht trotzdem los, um herauszufinden, ob er ein Sicherheitsrisiko sein könnte. Habeck sagt: „Das ist das erste Elektroauto, das ich hier sehe.“

Er ist am Mittwoch in Israel gelandet, nicht als Umweltpolitiker, sondern als Chef einer Partei, die so wächst wie keine andere in seinem Land, von der AfD mal abgesehen. Aber der Grünen-Vorsitzende kann schlecht aus seiner Haut. Er weiß, dass Israel für seine innovativen Technologien und Start-Ups berühmt ist, er hat damit gerechnet, die ersten E- und Tesla-Autos schon am Flughafen zu sehen, stattdessen überall verstopfte Straßen, keine Radwege, Müll und Plastikflaschen.

Es gebe andere Prioritäten, habe er gleich am ersten Abend gelernt, sagt er, Sicherheit sei wichtiger als alles andere. Aber aus Habecks Mund klingt das nicht sehr überzeugend, eher fragend. Er ist das erste Mal in Israel, und das Wichtigste hat er gelernt, bevor er überhaupt ankam: Man kann viel falsch machen als deutscher Politiker.

Es sollte eine „low level“-Reise werden, so nennt er es, nicht so wichtig. Aber kaum hatte die Planung begonnen, wollten alle mitreden, sagen, was auf dem Programm stehen muss, wenn man unbedingt treffen sollte. Aber auch, wen nicht. Israel, das merkte Habeck bald, ist „high level“. Hochwichtig. Hochkompliziert.

Es geht um Deutschlands Verantwortung für den Mord an sechs Millionen Juden vor 80 Jahren, aber auch um die Menschenrechtsverletzungen an den Palästinensern heute. Yad Vashem muss sein, Präsident Rivlin ist eine Ehre, um die palästinensischen Gebiete kommt ein Grüner, der sich für Menschenrechte einsetzt, nicht herum – im Gegensatz zu Annegret Kramp-Karrenbauer, die es bei ihrem Antrittsbesuch gerade in die Altstadt von Ostjerusalem schaffte.

Habeck spricht offen über seine Zweifel, gibt zu, dass er viel zu wenig weiß. Er sagt Rivlin statt Rivlin, Palästina statt „palästinensische Gebiete“, an der Grenze zu Gaza stellt er sich fürs Foto mit dem Rücken zum Gazastreifen, damit es nicht so aussieht, als interessiere er sich nur für das Leid der Palästinenser. Einmal nimmt er einen Vergleich zurück, weil er ihm im Nachhinein zu flapsig erscheint. Und immer wieder erzählt er von der Rede, die er für den letzten Tag vorbereitet hat. Wenn irgendwas schief gehen sollte, hat er immer noch diese Rede.

Auf dem Weg mit dem Bus durch Sderot, der Grenzstadt am Gazastreifen, zeigt ihm Omer Egozi von der israelischen Trauma Koalition Schutzräume auf der Straße, neben den Häusern und den einzigen Bahnhof der Welt, in dem man vor Bomben geschützt ist, wenn man auf den Zug wartet. Der letzte Raketenbeschuss ist gerade mal zwei Wochen her. „Es kann immer passieren, auch jetzt“, sagt Egozi. „Wenn wir die Sirenen hören, haben wir 15 Sekunden Zeit, in einen Shelter zu laufen oder uns auf den Boden zu legen.“

Habeck sitzt in der vorletzten Reihe, die Beine schräg im Gang, jederzeit bereit aufzuspringen. Raketen sind nicht so seine Sache. Er hat den Wehrdienst verweigert und Zivildienst beim Spastikerverein in Hamburg gemacht.

Als der Bus an Feldern vorbeifährt, erzählt Egozi von den Feuer, die entstehen, wenn von der anderen Seite brennende Drachen über die Grenze geschickt werden. Er sagt das oft, „die andere Seite“.

Bei Umweltthemen fühlt sich der Besucher deutlich sicherer

Robert Habeck will wissen warum, ob das positiv oder negativ gemeint sei. „Weder noch“, sagt Egozi, er versuche ganz bewusst, neutral zu bleiben. Habeck hat noch mehr Fragen, viel mehr. Wie schaffen es die Leute in Sderot, in 15 Sekunden in den Schutzraum zu rennen? Wo befinden sich die Rampen für das Raketenabwehrsystem Eisenkuppel? Wie funktioniert die Wasserversorgung in Gaza? Wie ein Schuljunge hebt er die Hand, ruft über die Köpfe seiner Delegation hinweg, fragt nach, wenn er etwas nicht versteht. Als Omer Egozi sagt, das Kraftwerk in Ashkelon werde ständig von Raketen bedroht wird, fragt Habeck: „Das Kraftwerk ist kohlebetrieben, richtig?“

„Nein“, sagt Egozi. „Doch“, sagt Habeck, „zu 30 Prozent wird es noch mit Kohle betrieben. Ihr versucht, ganz damit aufzuhören und auf Gas umzusteigen, aber ihr seid noch nicht so weit.“

Umweltthemen sind sein Anekdoten bei dieser Reise, damit kennt er sich aus, da kann er nichts falsch machen. Egozi sagt: „Viel leicht klappt das mit dem Gas, wenn wir endlich eine Regierung haben.“ Ein Witz, der gut ankommt in diesen Tagen, da gerade wieder Neuwahlen ausgerufen wurden, zum dritten Mal innerhalb eines Jahres.

Die Delegation ist auf dem Sandhügel angekommen, Egozi berichtet von den Freitagsdemonstrationen, die seit anderthalb Jahren „auf der anderen Seite“ stattfinden – Palästinenser, die den Gazastreifen durchbrechen wollen, israelische Scharfschützen, die sie daran hindern. Mehr als 200 Palästinenser sind dabei ums Leben gekommen.

„Heute ist Freitag“, murmelt Habeck.

„Ja, aber heute findet Nichts statt“, sagt Egozi.

„Warum nicht?“

„Wegen des Wetters.“

Das ist eine merkwürdige Erklärung, zumal die Sonne scheint, aber niemand fragt nach, nicht einmal Habeck. Bevor er zurück in den Bus steigt, erkundigt er sich noch, ob er mal schnell durch den Bunker laufen könne. Der Bunker ist ein Betonrohr auf freiem Feld. Habeck geht rechts rein und links wieder raus, das dauert drei Sekunden und bringt nichts außer ein paar Schnappschüssen der Delegationsteilnehmer. Aber er hat es gemacht, darum geht es wohl.

Fragt man Robert Habeck, warum er nach Israel gekommen ist, ausgerechnet jetzt, sagt er, zwischen Grünen-Parteitag, Landtagswahlen und Wahlkampf in Hamburg habe sich ein „Zeitkorridor“ ergeben, den er für Auslandsreisen nutzen wolle, „und Israel musste unbedingt dabei sein“.

Vor ein paar Jahren hat er noch mit seiner Frau zusammen Kinderbücher geschrieben, heute ist er – an der Seite von Annalena Baerbock – Grünen-Vorsitzender und morgen vielleicht Außenminister oder Kanzlerkandidat. Habeck musste lernen, wie der Osten tickt, jetzt ist das Ausland dran. Und diese Reise, so viel steht fest, ist auch ein Test, ob er das kann: Weltpolitiker sein.

Die Zusammenstellung seiner Delegation ist ihm schon mal gelungen. Omid Nouripur, in Iran geboren, in Frankfurt am Main aufgewachsen, Außenpolitiker der Grünen, ist dabei, aber auch Sergey Lagodinsky, ein Jude aus der ehemaligen Sowjetunion, der in den 90er-Jahren nach Deutschland kam und heute für die Grünen im Europa-Parlament sitzt. Drei Männer, drei Perspektiven. „Boycgroup“, nennt Robert Habeck das deutsche Herrentrio. Es klingt wie eine Rockband auf Tournee.

Die Boycgroup ist im Traumazentrum von Sderot angekommen. Omer Egozi und seine Kollegen sind Experten auf diesem Gebiet, beraten Krankenhäuser, Ärzte, Therapeuten weltweit. „Das Kraftwerk haben sie Flüchtlingshelfern beigebracht, wie man mit traumatisierten Syrern umgeht, jetzt erklären sie der grünen Delegation, wie wichtig es für die Menschen in Sderot ist, dass zerstörte Häuser sofort wieder aufgebaut werden, und wie

man schon Dreijährigen das Gefühl geben kann, dem Terror nicht hilflos ausgeliefert zu sein. Indem man ihnen kleine Aufgaben gibt, sie bittet zu prüfen, ob genug Wasser da ist oder ob die Tür richtig verschlossen ist.

Egozi zeigt den Therapieraum des Zentrums, der eher an eine Tierhandlung erinnert. Vögel, Hamster, Hasen, zwei Hunde, Käfer, sogar eine Schlange ist dabei. Die Deutschen gehen von Tier zu Tier, so begeistert, als brauchen sie selber Therapie nach zwei Tagen im Land. Sergey Labodinsky lacht sich halb tot, als der syrische Hamster in seinem Ärmel verschwindet, Robert Habeck kriecht fast in den Hasenkäfig hinein und nimmt sogar die Schlange auf den Arm. Sie heißt Goldie und zieht bei Gefahr den Kopf ein, erklärt ein Therapeut.

Eine Schlange wird zum Test für den Politiker

Habeck sagt leise: „Wenn sie den Kopf einzieht, habe ich verloren.“ Aber Goldies Kopf bleibt draußen, sie hat keine Angst vorm Grünenvorsitzenden – und der wieder einen Test bestanden.

Nach jedem Gespräch wird Habeck sicherer. Beim Mittagessen entwirft er bereits eine Vision davon, wie Energiepolitik die Probleme in der Region lösen kann, schiebt aber gleich nach, dass es ihm als Deutschen nicht zustehe, in diesem schwierigen Konflikt Lösungen zu liefern.

Es ist Freitagnachmittag, zwei Tage liegen hinter ihm, zwei vor ihm. Heute Abend zieht er nach Ostjerusalem um, morgen geht es nach Hebron und Ramallah. Er trifft sich mit dem palästinensischen Premierminister, besichtigt eine Deponie im Westjordanland, auf der israelischer Müll abgeladen wird und das Beduinendorf Khan al-Ahmar, das seit Jahren vom Abriss bedroht ist.

Als er danach im Hotel ankommt, in Tel Aviv diesmal, schreibt er die Rede, die er vorbereitet hat, noch einmal neu, „bis zwei Uhr morgens in einer fürchterlichen Lobby bei süßem Wein“, erzählt er am nächsten Tag in der Tel Aviver Universität, das Manuskript in der Hand. Er ist bereit für seine Rede. Allerdings fehlt das Publikum. Nur 25 Studenten und Lehrkräfte sind zur Veranstaltung am Porter Institut für Umweltstudien gekommen. Damit es nicht so auffällt, wird sie schnell in einen kleineren Seminarraum verlegt. Robert Habeck macht das nichts aus, er spricht über die Krise der liberalen Demokratie, beantwortet Fragen zum Umweltschutz oder stellt selber welche. Er sagt „wir“, nicht „ich“, wirkt ruhig, selbstbewusst, optimistisch, aber furchtlos. Die Zuschauer hängen an seinen Lippen und wollen ihn gar nicht mehr gehen lassen. Ein Politiker, der nicht zieht, keine Angst verbreitet, keine Sprüche klopf – so was erlebt man auch in Israel nicht oft.

Aber Habeck muss zum Flughafen, zurück nach Deutschland. Er verabschiedet sich und läuft zum Bus, das Manuskript mit der Rede unter dem Arm. Vielleicht wird er sie ein anderes Mal halten. In einem anderen Amt.

Kein Geld, kein Schutz

Gewalt und Kriege haben Millionen Menschen in die Flucht getrieben

VON JAN DIRK HERBERMANN

Erstmals kommt in Genf am Dienstag und Mittwoch das UN-Forum für die Opfer von Krieg und Gewalt zusammen. Die wichtigsten Fragen und Antworten zum Globalen Forum für Flüchtlinge der UN.

Wie viele Menschen sind auf der Flucht?

Niemals seit dem Zweiten Weltkrieg waren mehr Menschen auf der Flucht als heute. Das Flüchtlingshilfswerk UNHCR schätzt ihre Zahl auf knapp 71 Millionen. Darunter befinden sich knapp 26 Millionen Kinder, Frauen und Männer, die im völkerrechtlichen Sinn Flüchtlinge sind. Sie mussten aus ihren Heimatländern in ein anderes Land fliehen – etwa von Syrien nach Deutschland. Daneben irren mehr als 41 Millionen Menschen in ihren eigenen Ländern umher, sie werden Binnenflüchtlinge genannt. Als dritte große Gruppe der Menschen auf der Flucht erfasst das UNHCR die 3,5 Millionen Asylsuchenden.

Worum geht es bei dem ersten Flüchtlingsforum der Vereinten Nationen?

Angesichts der Flüchtlingskrise beschlossen mehr als 170 UN-Mitgliedsstaaten bessere Hilfe für die Opfer. Sie verabschiedeten 2018 den Globalen Flüchtlingspakt. Ein

zentrales Element der Vereinbarung ist das Flüchtlingsforum, das nun zum ersten Mal stattfindet. Die teilnehmenden Staaten sollen dabei finanzielle Mittel für die Flüchtlingshilfe zur Verfügung stellen. Auch materielle und technische Unterstützung etwa Fahrzeuge, Generatoren oder Unterkünfte sind willkommen. Ferner sollen Länder besonders schwache Flüchtlinge langfristig aufnehmen, Firmen, die auch auf dem Forum vertreten sind, können Ausbildungs- und Arbeitsplätze bereitstellen.

Was sind die drängendsten Probleme?

Kein Geld, kein Schutz, keine Hoffnung. Die meisten Flüchtlinge kommen aus den armen Ländern des Südens, vor allem aus Asien und Afrika. Viele von ihnen flüchten in benachbarte Staaten, in denen die Bevölkerung selbst Not leidet. So gehen UN die davon aus, dass seit 2017 rund 750.000 Menschen der Rohingya-Volksgruppe aus Myanmar sich in Bangladesch in Sicherheit brachten. Die finanziell schwachen Aufnahmestaaten können die Versorgung der Flüchtlinge alleine nicht stemmen. Auch das jährliche Budget des UNHCR von rund acht Milliarden Euro reicht dafür nicht aus. Fehlendes Geld ist ein Grund, weshalb mehr als die Hälfte aller Flüchtlingskinder keine Schulbildung erhalten.

Daneben können etliche Aufnahmeländer den Flüchtlingen keinen Schutz bieten. So harren Zehntausende Geflohene aus dem Bürgerkriegsland Südsudan in der gewaltgeplagten Demokratischen Republik Kongo aus. Viele Menschen fristen jahrelang ein Dasein als Flüchtling, manche sogar Jahrzehnte. Die ausweglose Situation tötet jede Hoffnung auf ein besseres Leben.

Wer organisiert das Forum, wer kommt?

Das UNHCR und die Schweiz sind die Gastgeber. Deutschland, Äthiopien, Costa Rica, Pakistan und die Türkei beteiligen sich an der Ausrichtung. Außenminister Ignazio Cassis vertritt die Schweiz. Aus Deutschland reist Bundesaußenminister Heiko Maas an. Luxemburg und Österreich entsenden laut UNHCR Botschafter. Die US-Regierung schickt immerhin eine Delegation – die USA gehören dem Flüchtlingspakt nicht an. Als hochrangigster UN-Funktionär erscheint Generalsekretär António Guterres.

Sind auch Flüchtlinge zu dem Forum eingeladen?

Ja. Die Hilfsorganisation Oxfam bemängelt jedoch, dass die Opfer, also diejenigen, um die es geht, schwach vertreten sind. Unter den insgesamt 2700 Teilnehmern finden sich laut Oxfam nur einige Dutzend Flüchtlinge.

Verbale Abrüstung

Grüne und CDU um Entspannung bemüht

CDU und Grüne in Sachsen-Anhalt bemühen sich um eine Deeskalation der erneuten Koalitionskrise, die durch Neonazi-Vorwürfe gegen einen CDU-Kommunalpolitiker ausgelöst wurden. Sachsen-Anhalts CDU-Generalsekretär Sven Schulze berichtete am Montag im RBB über mehrere konstruktive Gespräche mit den Grünen. Deren Landeschef Sebastian Striegel sagte im MDR, CDU, SPD und Grüne hätten einen Koalitionsvertrag über fünf Jahre – „den wollen wir miteinander erfüllen“.

Ministerpräsident Reiner Haseloff von der CDU regiert seit 2016 mit SPD und Grünen, dies war die erste sogenannte Kenia-Koalition in Deutschland. Das Bündnis durchlebte bereits mehrere schwere Krisen.

Auslöser der neuesten Auseinandersetzungen waren Vorwürfe gegen den CDU-Politiker Robert Möriz, der vor acht Jahren als Ordner bei einer Neonazi-Demonstration gearbeitet haben soll. Außerdem trägt er eine Tätowierung mit einer sogenannten Schwarzen Sonne, die während der NS-Herrschaft von der SS verwendet worden war und unter anderem aus drei übereinandergelegten Hakenkreuzen besteht.

Der Streit in der Koalition eskalierte, nachdem die Grünen wegen Möriz einen Beitrag mit dem Titel „Wie viele Hakenkreuze

haben Platz in der CDU?“ veröffentlicht hatten. Daraufhin stellte die CDU das Regierungsbündnis infrage. Schulze sagte nun dazu: „Ich habe auch ein langes Gespräch mit dem Vorsitzenden der Grünen geführt, die jetzt noch mal klargestellt haben, dass sie das vielleicht falsch verstanden wurden. Dass sie nicht die gesamte Partei gemeint haben.“

Grünen-Landeschef Striegel sagte im MDR, „wir wollen gemeinsam mit der CDU verantwortungsvolle Politik für dieses Land machen.“ Eine Entschuldigung bei der CDU lehnte er aber ab. Die Grünen hätten die Partei nicht unter Generalverdacht gestellt. Bei der Kritik sei es nur um den Fall Möriz gegangen.

Die Chefin der SPD-Landtagsfraktion, Katja Pähle, äußerte sich im MDR irritiert über den Umgang der CDU mit dem Fall Möriz. Viele fragten sich, wie viele Neonazis in der CDU Platz hätten. „An dieser Stelle hat sich gezeigt, dass die CDU keine klare Kante zeigt gegenüber Menschen mit solchen Einstellungen“, sagte Pähle.

CDU-Generalsekretär Schulze verteidigte Möriz gegen Kritik. Dieser habe in seinem Kreisverband Anhalt-Bitterfeld zu den Vorwürfen Stellung bezogen, der Kreisverband habe auf Konsequenzen verzichtet. afp
Kommentar Seite 11

Plädoyer für Assange

Grüne: Regierung soll sich positionieren

Die Grünen haben die Bundesregierung aufgefordert, sich klar zum Fall des Wikileaks-Gründers Julian Assange zu positionieren und Möglichkeiten zu prüfen, eine Auslieferung an die USA zu verhindern. Wenn der Fall Assange von Deutschland unkommentiert hingenommen werde, bestehe die Gefahr, „der Meinungs- und Informationsfreiheit in Europa und weltweit sowie der Glaubwürdigkeit der EU beim Schutz der Menschenrechte einen erheblichen Schlag zu versetzen“, heißt es in einem Brief der Grünen-Rechtsexpertin Manuela Rottmann und der menschenrechtspolitischen Sprecherin der Grünen-Fraktion, Margarete Bause, an Außenminister Heiko Maas (SPD), der dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND/Dienstag) vorliegt. Schließlich sei zu befürchten, „dass die Vereinigten Staaten im Falle einer Auslieferung auch gegen Julian Assange mit äußerster Härte vorgehen werden“.

Meinungs- und Informationsfreiheit seien „erheblich bedroht, wenn journalistische Tätigkeit und Whistleblowing der Spionage gleichgestellt werden und Journalistinnen und deren HinweisgeberInnen mit erheblichen, sogar physischen Sanktionen rechnen müssen“, schreiben die Grünen-Politikerinnen. rnd